

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XIX
§ 1. Einleitung	1
I. Die Ausgangssituation	1
II. Die Reaktion des Gesetzgebers	2
III. Verweisung auf andere Quellen?	3
1. Selbststudium?	4
2. Kenntnisse anderer Betriebsratsmitglieder?	4
3. Rückgriff auf Sachverständige?	5
4. E-Learning und Webinare als Ersatz für ein Seminar?	5
IV. Teilnahme als Amtspflicht	7
V. Übersicht über den Gang der Darstellung	8
§ 2. Die Inhalte von Seminaren nach § 37 Abs. 6 BetrVG ...	11
I. Der Ausgangspunkt der Rechtsprechung	11
1. Der Aufgabenbezug	11
2. Qualität der Aufgabenerfüllung	11
3. Grundwissen und Spezialwissen	12
II. Das notwendige Grundwissen	15
1. Betriebsverfassungsrecht	16
2. Grundkenntnisse des (sonstigen) Arbeitsrechts	18
3. Arbeitsschutz und Unfallverhütung	20
4. Organisation der Betriebsratsarbeit	21
5. Gesprächs- und Verhandlungsführung	22
6. Auswirkungen der Digitalisierung	23
7. Vorbereitung auf Aufgaben, die nach der Lebenserfahrung anfallen werden?	25
8. Der Beurteilungsspielraum des Betriebsrats	26
III. Das erforderliche Spezialwissen	26
1. Einführung	26
2. Überblick über zulässige Themen (in alphabetischer Reihenfolge)	27
3. Beweis des ersten Anscheins zugunsten der Betriebsbezogenheit?	49
4. Unzulässige Themen	50
IV. Teilweise Erforderlichkeit	54
§ 3. Dauer, Teilnehmerzahl, Zeitpunkt, Träger	57
I. Die zusätzliche Grenze der Verhältnismäßigkeit	57
II. Die Dauer der Seminare	58
1. Die Praxis der Arbeitsgerichte	58
2. Einschränkungsversuche	59

III. Die Zahl der teilnehmenden Betriebsratsmitglieder	61
1. Der unproblematische Ausgangspunkt: Grundwissen für alle	61
2. Spezialwissen nur für einige?	61
IV. Auswahl der Teilnehmer	64
1. Kollidierende Rechte	64
2. Der Betriebsrat als Entscheidungsinstanz	64
3. Diskriminierungsverbote	65
4. Soziale Belange	66
5. Häufigkeit der Seminarteilnahme und andere Gesichtspunkte	66
V. Zeitliche Lage der Seminare	67
1. Die grundsätzliche Regelung	67
2. Schulungsteilnahme in den Betriebsferien	67
3. Berücksichtigung betrieblicher Notwendigkeiten	68
VI. Die Träger der Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	68
1. Die Anbieter	68
2. Verfassungsrechtlicher Schutz der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit?	69
3. Das Wahlrecht des einzelnen Betriebsratsmitglieds	71
4. Inhouse-Schulungen	72
VII. Einzelfragen	72
1. Seminare mit gemischtem Teilnehmerkreis	72
2. Seminare für einen beschränkten Teilnehmerkreis	73
3. Ort der Veranstaltung	73
4. Benachteiligung wegen Schulungsteilnahme?	73
5. Wiederholung und Vertiefung	74
VIII. Regelung durch Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag ...	75
 § 4. Das Kostenproblem: Entgeltfortzahlung,	
Freizeitausgleich und Aufwendungsersatz	77
I. Einführung	77
II. Die Entgeltfortzahlung	77
1. Das Grundprinzip	77
2. Anwendungsprobleme	78
a) Was gehört zum Entgelt?	78
b) Probleme flexibler Arbeitszeit	79
c) Aufwendungsersatz	80
d) Arbeitskampf im Betrieb	81
e) Teilzeitkräfte und Heimarbeiter	81
f) Probleme der Versteuerung	82
g) Unfallversicherung	82
h) Behandlung von Reisezeiten	83

III. Der Anspruch auf Freizeitausgleich und Mehrarbeitsvergütung	83
1. Die Grundsatzentscheidung des Gesetzgebers	83
2. Anspruch auf Freizeitausgleich – Voraussetzungen	83
a) Eigeninitiative des Betriebsratsmitglieds	83
b) Betriebsbedingte Gründe für Freizeitopfer	84
c) Lage und Dauer der Arbeitszeit als betrieblicher Grund	84
d) Reisezeiten und Pausen	85
3. Die primäre Rechtsfolge: Anspruch auf Freizeitausgleich	86
a) Geltendmachung	86
b) Praktische Realisierung	87
c) Vollzeit als Obergrenze	87
4. Die sekundäre Rechtsfolge: Anspruch auf Abgeltung	88
IV. Der Anspruch auf Kostenerstattung	89
1. Die Grundsatzentscheidung: Kostentragung durch den Arbeitgeber	89
2. Grenzen der Kostentragung	90
a) Erforderlichkeit der Kosten	90
b) Verhältnismäßigkeit der Kosten	90
c) Keine Gegnerfinanzierung	92
3. Fahrtkosten und Reisespesen	94
a) Probleme der Erforderlichkeit	94
b) Rückgriff auf generelle Regelungen	96
c) Einzelnachweise	97
d) Reisespesen	97
e) Detailfragen	98
4. Übernachtung und Verpflegung	98
5. Seminargebühren	100
6. Sonstige Kosten	101
7. Sonderregeln für gewerkschaftliche Anbieter	101
V. Einzelfragen der Kostenerstattung	104
1. Vorschuss	104
2. Abtretung der Ansprüche auf Kostenersatz	104
3. Einbußen an Gesundheit und Vermögen	104
4. Ausschlussklauseln und Verjährung	105
5. Zinsen	106
6. Ansprüche bei Betriebsübergang	106
7. Störfälle und missglückte Schulungsversuche	106
8. Ansprüche bei Insolvenz des Arbeitgebers	108
9. Mehrwertsteuer	108
10. Budgetierung?	108
VI. Kostenerstattung kraft Vertrauensschutzes?	109

§ 5. Verfahrensfragen: Betriebsratsbeschlüsse und ihre	
Durchsetzung	111
I. Einleitung	111
II. Das gesetzliche Modell	112
1. Der Beschluss des Betriebsrats	112
a) Formale Voraussetzungen	112
b) Inhaltliche Voraussetzungen	113
c) Fehlender oder nichtiger Beschluss	114
2. Unterrichtung des Arbeitgebers	115
III. Der Streit um die zeitliche Lage	117
1. Die Anrufung der Einigungsstelle	117
2. Die Entscheidung der Einigungsstelle	118
3. Schulungsteilnahme trotz Anrufung der Einigungsstelle?	119
4. Verspätete Einwände des Arbeitgebers	120
IV. Der Streit um die Erforderlichkeit	120
1. Das Problem	120
2. Zurückstellung der Schulung bei Streit um die Erforderlichkeit?	121
3. Die Klärung im Beschlussverfahren	123
V. Durchsetzung des Anspruchs auf Entgelt und Freizeitaus- gleich im Urteilsverfahren	125
VI. Durchsetzung des Anspruchs auf Kostenerstattung im Be- schlussverfahren	126
1. Verfahrensbeteiligte	126
2. Das weitere Verfahren	127
3. Einstweiliger Rechtsschutz	129
4. Kosten des Beschlussverfahrens	129
5. Zwangsvollstreckung	130
VII. Streitigkeiten zwischen dem Betriebsrat und einem Mitglied	130
VIII. Behinderungen der Schulungsteilnahme	131
§ 6. Seminarbesuch nach § 37 Abs. 7 BetrVG	133
I. Einführung	133
II. Die Geeignetheit der Veranstaltungen	133
1. Der betriebsverfassungsrechtliche Bezugspunkt	133
2. Konkrete Inhalte	134
3. Teilweise Geeignetheit?	137
III. Die Anerkennung durch die oberste Arbeitsbehörde	137
1. Die Ausgangssituation	137
2. Der Antrag auf Anerkennung	138
a) Antragsbefugnis	138
b) Form des Antrags	138
c) Antragsfrist	139
3. Die zuständige Behörde	139
4. Die Beratung mit den Verbänden	140

5. Die Entscheidung durch die oberste Arbeitsbehörde	141
a) Gegenstand	141
b) Entscheidungskriterien	141
c) Zeitpunkt der Entscheidung	142
6. Gerichtliche Überprüfung der Entscheidung	142
a) Zuständige Gerichtsbarkeit	142
b) Die Einleitung des Verfahrens	143
c) Die gerichtliche Entscheidung	145
d) Die Situation vor und während des Verfahrens	146
e) Der Sonderfall: Die fehlende Entscheidung	147
7. Die fehlgeschlagene Schulung und Fortbildung	147
IV. Die Dauer der Seminare nach § 37 Abs. 7 BetrVG	148
1. Ansprüche bei regelmäßiger Amtszeit	148
2. Erstmals gewählte Betriebsratsmitglieder	149
3. Nachrücker	150
4. Ansprüche bei unregelmäßiger Amtsperiode	150
V. Probleme der Freistellung	151
1. Der Anspruch nach § 37 Abs. 7 BetrVG als Individualrecht	151
2. Betriebsratsbeschluss und Zeitpunkt der Freistellung	151
3. Freizeitausgleich?	152
4. Einzelfragen	152
VI. Wer trägt die Kosten?	152
1. Entgeltfortzahlung und Freizeitausgleich	152
2. Reisekosten und Seminargebühren	152
§ 7. Betriebsratsmitglieder und andere	
Anspruchsberechtigte	155
I. Überblick	155
II. Mitglieder und Ersatzmitglieder des Betriebsrats	155
1. Betriebsratsmitglieder vor dem Ende des Amtes	155
2. Nachrückendes Ersatzmitglied	156
3. Immer wieder herangezogenes Ersatzmitglied	156
4. Der Sonderfall des einköpfigen Betriebsrats	158
5. Ansprüche nach § 37 Abs. 7 BetrVG?	158
III. Mitglieder des Gesamt- und des Konzernbetriebsrats	158
IV. Mitglieder des Europäischen Betriebsrats und des Besonderen Verhandlungsgremiums	159
1. Die spezifische Rechtsgrundlage	159
2. Mögliche Gegenstände	160
3. Die praktische Umsetzung	162
V. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses	163
1. Seminarteilnahme in dieser Eigenschaft?	163
2. Seminarteilnahme in der Eigenschaft als Betriebsratsmitglied	165

3. Ausnahmefälle nach BAG	165
4. Analoge Anwendung von § 37 Abs. 7 BetrVG?	166
VI. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	166
1. Seminarteilnahme in der Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied	166
2. Seminarteilnahme in der Eigenschaft als Betriebsratsmitglied	168
VII. Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)	168
1. Der Grundsatz	168
2. Beschlusskompetenz	168
3. Zulässige Inhalte	170
4. Themenkatalog	170
5. Seminare nach § 37 Abs. 7 BetrVG	171
6. Einzelfragen	171
VIII. Mitglieder des Wahlvorstands	172
1. Die Entwicklung der BAG-Rechtsprechung	172
2. Schulungsbedarf auch bei früherer Tätigkeit im Wahlvorstand?	173
3. Einzelfragen	174
IX. Mitglieder atypischer betrieblicher Vertretungsorgane	174
1. Seebetriebsrat und Bordvertretung	174
2. Tarifliche Vertretungen nach § 117 Abs. 2 BetrVG	175
3. „Andere Vertretungen“ iSd § 3 Abs. 1 Nr. 1–3 BetrVG	175
4. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BetrVG	176
5. Gruppensprecher nach § 28a BetrVG	176
X. Mitglieder des Sprecherausschusses leitender Angestellter ..	176
XI. Gewerkschaftliche Vertrauensleute	177
XII. Exkurs: Ehrenamtliche Richter der Arbeitnehmerseite in der Arbeitsgerichtsbarkeit und Betriebsbeauftragte	177
1. Ehrenamtliche Richter	177
2. Betriebsbeauftragte	178
§ 8. Schulung und Fortbildung von Personalratsmitgliedern	179
I. Einführung	179
II. Freistellung nach § 54 Abs. 1 BPersVG	179
1. Die Anlehnung an § 37 Abs. 6 BetrVG	179
2. Was ist „erforderlich“?	181
a) Entstehungsgeschichte und Zweck der Vorschrift	181
b) Konkretisierung durch das Bundesverwaltungsgericht – Beurteilungsspielraum des Personalrats	182
c) Grundwissen	183
d) Spezialschulungen	185
e) Anzahl der Teilnehmer	186

f) Dauer des Seminars	187
g) Teilweise Erforderlichkeit	187
3. Die finanzielle Abwicklung	188
a) Entgeltfortzahlung	188
b) Freizeitausgleich, insbesondere bei Teilzeitkräften	188
c) Kostenerstattung und Haushaltsrecht	189
4. Das Verfahren	190
a) Beschluss des Personalrats und Information der Arbeitgeberseite	190
b) Freistellung durch den Dienststellenleiter	191
c) Durchsetzung der Rechte	192
5. Der Kreis der Berechtigten	193
a) Stufenvertretung und Gesamtpersonalrat	193
b) Ersatzmitglieder	193
c) Jugend- und Auszubildendenvertretung	194
d) Weitere Gremien	194
III. Freistellung nach § 54 Abs. 2 BPersVG	194
1. Die Grundsatzentscheidung	194
2. Inhaltliche Voraussetzungen des Anspruchs	195
3. Dauer	196
4. Freistellungsverfahren	196
5. Anspruchsberechtigte	197
6. Entgeltfortzahlung und Kosten	197
7. Gerichtliche Auseinandersetzungen	198
§ 9. Schulung und Fortbildung der	
Schwerbehindertenvertretung	201
I. Der Anspruch der Vertrauensperson und ihrer Stellvertreter	201
II. Zulässige Inhalte von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	201
1. Aufgabenstellung der Schwerbehindertenvertretung als Anknüpfungspunkt	201
2. Die Konkretisierung durch die Rechtsprechung	202
III. Ansprüche auf Entgeltfortzahlung, Freizeitausgleich und Aufwendungsersatz	205
IV. Verfahrensfragen	206
V. Einzelfragen der Durchführung	208
1. Die Anbieter	208
2. Vertrauensperson und Stellvertreter	208
3. Entsprechende Anwendung von § 37 Abs. 7 BetrVG? ...	208
4. Weitere Fragen	209
VI. Anhang: Mitglieder des Werkstattrats	209

§ 10. Formulierungsvorschläge	211
I. Die unterschiedliche Ausgangssituation	211
II. Freistellungsbeschluss nach § 37 Abs. 6 BetrVG	211
1. Seminar Grundwissen (unproblematisch)	211
2. Seminar Grundwissen (etwas schwierigere Rechtslage) ..	212
3. Spezialthema (unkompliziert)	215
4. Spezialthema (komplizierter)	216
III. Freistellungsbeschluss nach § 37 Abs. 7 BetrVG	217
IV. Antrag im Beschlussverfahren auf Kostenerstattung	218
Stichwortverzeichnis	221